

### Quality versus equality? Liberale und deliberative Ideale politischer Gleichheit

Schaal, Gary S.; Heidenreich, Felix

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schaal, G. S., & Heidenreich, F. (2007). Quality versus equality? Liberale und deliberative Ideale politischer Gleichheit. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 36(1), 23-37. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-211212>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

**Gary S. Schaal (Stuttgart/Dresden) / Felix Heidenreich (Stuttgart)**

## *Quality versus Equality?*

### **Liberale und deliberative Ideale politischer Gleichheit**

*Die Theorie deliberativer Demokratie gehört seit einigen Jahren zu den am intensivsten diskutierten Ansätzen der Politischen Theorie. Sie nimmt im Vergleich zu anderen Demokratietheorien eine Sonderstellung ein, da sie einerseits inputlegitimiert, andererseits outputorientiert ist. Legitimation des politischen Systems wird hier nämlich einerseits davon abhängig gemacht, dass die BürgerInnen zugleich Rechtsautoren und Rechtsadressaten sind, andererseits liegt jedoch der funktionale und epistemologische Fokus auf der Verbesserung des outputs des politischen Systems.*

*Im vorliegenden Aufsatz versuchen wir zu zeigen, dass die Inputlegitimation in der deliberativen Demokratietheorie das normative Ideal der politischen Gleichheit, wie es von der liberalen Demokratietheorie vertreten wird, verletzt. Diese Verletzung rückt genau dann in den Fokus der Aufmerksamkeit, wenn man das Ideal der politischen Gleichheit in zwei Komponenten differenziert: prozedurale politische Gleichheit und substanzielle politische Gleichheit. Erstere bezeichnet das Recht auf die gleichen Teilhaberechte an politischen Entscheidungsverfahren, letztere das Recht auf gleiche Berücksichtigung (oder Einfluss) jedes/r am Entscheidungsprozess Beteiligten bezüglich der substanziellen Entscheidung selbst.*

*Das one-man-one-vote-Prinzip realisiert beide Komponenten der politischen Gleichheit gleichermaßen. Unsere These lautet, dass die deliberative Demokratietheorie nur das Ideal prozeduraler politischer Gleichheit vertritt, jenes der substanziellen politischen Gleichheit jedoch verletzen muss. Dies resultiert direkt aus der Theorieanlage des epistemologischen Prozeduralismus, der die Qualität deliberativ gefundener Konsense höher wertschätzt als die substanzielle politische Gleichheit im Prozess der deliberativen Entscheidungsfindung.*

*Keywords: Deliberation, Gleichheit, Epistemologie, Theorie  
Deliberation, equality, epistemology, theory*

#### **1. Fragestellung<sup>1</sup>**

Kein anderes demokratietheoretisches Modell hat in den letzten 15 Jahren weltweit mehr intellektuelle Aufmerksamkeit auf sich ziehen können, als die Theorie deliberativer Demokratie (Gutmann/Thompson 2004, vii). Im Kontext einer sich intensivierenden Debatte über den normativen Gehalt einer „realistischen“ Demokratietheorie, die unter dem Label „Postdemokratie“ geführt wird (Zolo 1992; Baofu 2004; Crouch 2004), scheint die deliberative Demo-

kratiethorie jener Ort zu sein, an dem die emanzipatorischen Hoffnungen der Aufklärung am ehesten weitergetragen werden. Diese Einschätzung findet ihre Unterstützung bei Habermas (1992, 13), der in der Einleitung zu „Faktizität und Geltung“ konstatiert, dass der „Rechtsstaat ohne radikale Demokratie nicht zu haben ist“ (Hervorhebung d.A.). Entsprechend wird die deliberative Demokratietheorie in den wichtigsten Überblicksdarstellungen gemeinhin unter den partizipatorischen Ansätzen rubriziert (vgl. Schmidt 2006), da sie – eine Differenzierung von

Scharpf (1970) aufgreifend – *inputorientierte* und *inputlegitimierte* Theorie sein soll.

Es mehren sich jedoch in jüngster Zeit Zweifel, ob diese Einschätzung dem theoretischen Kern des deliberativen Theorieprogramms angemessen ist. So formuliert Diana Mutz (2006) das Argument, dass sich deliberative und partizipatorische Demokratietheorien *antagonistisch* gegenüberstehen. In einem weithin beachteten Aufsatz stellen Buchstein und Jörke (2003) die weitergehende These auf, dass das normative Ideal deliberativer Demokratietheorie nicht die politische Partizipation, sondern die Verbesserung der *Qualität* des politischen *outputs* ist. Im Gegensatz zur klassischen Gemeinwohldiskussion bemisst sich die Qualität des politischen *outputs* jedoch entlang epistemologischer Kriterien: Das *Verfahren* der Genese politischer Präferenzen wird mit der Hoffnung auf die Anhebung des Rationalitätsniveaus verknüpft – eine Theoriekonzeption, die als *epistemologischer Prozeduralismus* bezeichnet werden kann (Martí 2006). Folgt man Scharpf, so stellt die deliberative Demokratietheorie somit einen Zwitter dar, der in dieser Verbindung einmalig ist: Sie ist einerseits *inputlegitimiert*, da die Legitimation des politischen Systems davon abhängig ist, dass die BürgerInnen zugleich Rechtsautoren und Rechtsadressaten des Rechts sind (Habermas 1992). Andererseits ist sie *outputorientiert*, da der funktionale und epistemologische Fokus auf der Verbesserung des *outputs* des politischen Systems liegt.

In dem vorliegenden Aufsatz gehen wir davon aus, dass das Argument von Buchstein und Jörke zutreffend ist. Die beiden Autoren übersehen jedoch einen zentralen Punkt: Die Inputlegitimation in der deliberativen Demokratietheorie verletzt das normative Ideal der politischen Gleichheit, wie es von der liberalen Demokratietheorie vertreten wird! Die Verletzung rückt in den Fokus der Aufmerksamkeit, wenn man das Ideal der politischen Gleichheit in zwei Komponenten differenziert. Diese Komponenten bezeichnen wir als *prozedurale politische Gleichheit* und *substanzielle politische Gleichheit*. Erstere bezeichnet das Recht auf die gleichen Teilhaberechte an politischen Ent-

scheidungsverfahren, letztere das Recht auf die gleiche Berücksichtigung (oder den gleichen Einfluss) aller am Entscheidungsprozess Beteiligten an der substanziellen *Entscheidung* selbst. Das *one-man-one-vote*-Prinzip realisiert beide Komponenten der politischen Gleichheit gleichermaßen. Unsere These lautet, dass die deliberative Demokratietheorie nur das Ideal prozeduraler politischer Gleichheit vertritt, jenes der substanziellen politischen Gleichheit jedoch verletzen *muss*. Dies resultiert direkt aus der Theorieanlage des *epistemologischen* Prozeduralismus, der die *Qualität* deliberativ gefundener Konsense höher wertschätzt als die substanzielle politische Gleichheit im Prozess der deliberativen Entscheidungsfindung. Eine in den Grundzügen ähnliche Kritik an der deliberativen Demokratietheorie findet sich in allerjüngster Zeit auch bei McGann (2006) sowie Pincione und Tesón (2006). Diese drei Autoren entwickeln ihre Kritik an der Deliberation innerhalb des *rational-choice*-Paradigmas, während wir eine konstruktive Kritik avisieren, die sich gleichermaßen aus dem liberalen Paradigma und internen Widersprüchen der deliberativen Demokratietheorie speist.

Im Folgenden wird unsere These in mehreren Schritten entfaltet. Wir beginnen mit einer Rekonstruktion des liberalen Ideals politischer Gleichheit (2.), spezifizieren im Anschluss prozedurale und substanzielle politische Gleichheit genauer (3.) und befragen vier Modelle deliberativer Demokratie darauf hin, welche Wertschätzung das Ideal politischer Gleichheit erfährt (4.). Wir schließen mit einigen Überlegungen hinsichtlich der normativen Bewertung der Verletzung des politischen Gleichheitskriteriums (5.).

## 2. Eine Explikation der liberalen Fassung des Ideals politischer Gleichheit

In einem ersten Schritt soll eine Rekonstruktion der Begründung des liberalen Ideals politischer Gleichheit vorgelegt werden. Sie soll gleichsam als *benchmark* dienen, um die Verletzung des Kriteriums der substanziellen poli-

tischen Gleichheit in deliberativen Demokratietheorien besser bewerten zu können. Rekuriert wird dabei auf zwei Begründungsansätze, die hinsichtlich ihrer Prämissen entweder kompatibel mit einer Vielzahl deliberativer Ansätze (Dahl 1989) oder sogar mit ihnen in den Grundannahmen identisch sind (Saward 1994).

Dahl entfaltet die Bedeutung des liberalen Ideals politischer Gleichheit im Kontext der Spezifizierung einer Theorie des demokratischen Prozesses: „On what grounds can a belief in the democratic process be rationally justified, or if ‚rationally‘ seems too demanding, at least reasonably justified?“ (Dahl 1989, 83). Seine Antwort lautet, dass eine Demokratie – auf der abstraktesten Ebene betrachtet – das *beste* Regierungssystem sei. Dies lässt eine Spezifikation des „Besten“ notwendig werden:

I believe that virtually all attempts to answer a question like this fall back, even if only by implication, on an assumption so fundamental that it is presupposed in most moral argument. This is what might be called the *idea of intrinsic equality* (Dahl 1989, 84f.; Hervorhebung d.A.).

Der „beste Staat“ ist also jener, der die normativen Gehalte der *idea of intrinsic equality* mit möglichst geringen Verlusten in die Praxis umsetzt.

In der Ideengeschichte ist die Vorstellung der *intrinsic equality* von zentraler Bedeutung, die für Dahl direkt aus der kulturellen Tradition des Christentums resultiert, sind doch alle Menschen Kinder Gottes und somit gleich. Trotz der ideengeschichtlichen Prominenz existiert jedoch kein Konsens über den spezifischen theoretischen Zuschnitt „intrinsic equality“. Insofern ermöglicht sie es Dahl auf den ersten Blick auch nicht, die normativen Gehalte hinreichend konkretisieren zu können. Allerdings will Dahl keine umfassende Gesellschaftstheorie auf moralphilosophischer Basis vorlegen, sondern *nur* eine Theorie des demokratischen Prozesses. Daher kann er die Idee intrinsischer Gleichheit auf ihre Implikationen für den demokratischen Prozess hin argumentativ zuspitzen, womit sich die konkretere Frage stellt, was intrinsische Gleichheit im Kontext des demokratischen Pro-

zesses bedeutet. Eine Antwort hierauf erschließt sich über die Entfaltung der *differentia specifica* der *demokratischen* Dimension des politischen Prozesses. Das Besondere der Demokratie identifiziert Dahl in der *Allokation* und *Zurechenbarkeit* von Entscheidungskompetenz. Für die Theorie des demokratischen Prozesses übersetzt Dahl die Idee intrinsischer Gleichheit – aus einer Vielzahl konkurrierender Verständnisse von Gleichheit – daher in das *principle of equal consideration of interests* (Dahl 1989, 86). Dies impliziert, dass alle von einer politischen Entscheidung betroffenen Mitglieder einer Assoziation das moralisch gleiche *Recht* besitzen, hierzu ihre Interessen artikulieren zu können und den gleichen *Anspruch* geltend machen können, dass ihre Interessen „akkurat interpretiert“ (Dahl 1989, 86) werden.

Aus der Idee der *equal consideration of interests* resultiert jedoch noch keine starke Begründung für Demokratie, da sie aufgrund der Unklarheit, wer Interessen „akkurat interpretieren“ darf, eine offene Flanke gegen den Einwand des Paternalismus besitzt. Wenn AkteurIn A Präferenz *x* artikuliert und AkteurIn B jedoch weiß, dass *y* für A besser wäre, spricht kein Argument dafür, As Präferenz gegen Bs durchzusetzen. Daher muss Dahl das Prinzip der *equal consideration* durch eine Zusatzannahme stärken: das *strong principal of equality* (Dahl 1989, 97). Damit wird die eher empirisch als normativ orientierte Prämisse eingeführt, dass „a substantial portion of adults are adequately qualified to govern themselves“ (Dahl 1989, 97). Mit dieser Prämisse wird Dahls Begründung von Demokratie gegen paternalistische oder elitistische Einwände abgesichert. Das zunächst Paternalismus abwehrende *strong principal of equality* kann, wenn die impliziten Gehalte expliziert werden, auch als Argument für den demokratischen Prozess dienen. Diese positive Wendung führt Dahl (1989, 99f.) mit der *presumption of personal autonomy* ein: „In the absence of a compelling showing to the contrary everyone should be assumed to be the best judge of his or her own good or interests.“ In der Anwendung auf faktische demokratische Prozesse lässt sich diese Annahme in die normative Aus-

sage paraphrasieren, dass hinter die subjektiven politischen Präferenzen der BürgerInnen nicht zurückgefallen werden darf. Sie sind – in Abwesenheit eines überzeugenden Beweises der geistigen Nichtzurechnungsfähigkeit eines Bürgers bzw. einer Bürgerin – nicht hintergebar, ohne Gefahr zu laufen, undemokratisch zu handeln. Daher sind für Dahl prozedurale und substanziale politische Gleichheit untrennbar miteinander verbunden.

Einen anderen, näher an der deliberativen Demokratietheorie liegenden Ankerpunkt für die Begründung politischer Gleichheit wählt Michael Saward. Er argumentiert epistemologisch und befindet sich hiermit in direkter Nachbarschaft z.B. zu den Arbeiten von Gutmann und Thompson (2003; 2004). Sawards (1994) argumentativer Ausgangspunkt ist der Fallibilismus (Lakatos 1982, 11ff.). Die Erkenntnis leitende Frage Sawards lautet, wie der Fallibilismus als Begründung von Demokratie fungieren kann, oder präziser: Welcher Entscheidungsmodus geht argumentationslogisch aus dem Fallibilismus hervor? Diese Frage ist unmittelbar mit jener verknüpft, welche Form von Wissen in der politischen Sphäre überhaupt nur anwendbar ist. Die Abkehr von der Vorstellung gesicherten Wissens – die zentrale Einsicht des *linguistic turn* in der Philosophie – besitzt ohne Zweifel Konsequenzen für die Konstitution der politischen Sphäre.

Saward argumentiert, dass die Möglichkeit der binären Codierung politischer Fragen in richtig und falsch logisch in eine Expertenherrschaft münden müsste und die Figur der Unhintergebarkeit der subjektiven politischen Präferenzen à la Dahl *ad absurdum* geführt wird. Saward attestiert der politischen Sphäre hingegen im Rekurs auf Walzer (1983) einen einmaligen Status: In ihr sticht argumentativ *nur kontingentes* Wissen; es existiert kein Expertenwissen, das zu richtigen oder „wahren“ politischen Entscheidungen führt: „(A)ll claims to superior knowledge with respect to politics must fail“ (Saward 1994, 12). Im Anschluss an *rational-choice*-Theorien kann die These vertreten werden, dass die einfachste Möglichkeit kollektiver Entscheidungsfindung darin besteht, im

ersten Schritt die politischen Präferenzen aller BürgerInnen zu *kennen* und sie im zweiten Schritt zu *aggregieren*. Die zu verabschiedenden kollektiv bindenden Entscheidungen sollten dann den mehrheitlich artikulierten aggregierten individuellen Präferenzen entsprechen. Diese Position verkennt – so Saward (1994, 12f.) – die spezifische Natur des politischen Prozesses, der sich nicht in der schieren Aggregation erschöpft, da politische Präferenzen nicht isoliert existieren, sondern sich dialogisch mit anderen BürgerInnen überhaupt erst entwickeln. Die Vorstellung einer vorpolitischen Existenz politischer Präferenzen erscheint ihm unrealistisch (vgl. zustimmend Manin 1987). Doch anders als bei vielen deliberativen Demokratietheorien steht für Saward die *Selbstaufklärung* der individuellen Präferenzen qua Diskurs im Zentrum seines Ansatzes, nicht deren (ethische, moralische) Verbesserung. Saward (1994, 13) resümiert: „In conclusion, not one person can rightly claim to have sufficiently broad or perpetual superior knowledge of either (a) the rightful course of a political community, or (b) the totality of a given citizen's interests.“ Daher kann der politische Kurs einer Gemeinschaft nur durch die BürgerInnen selbst bestimmt werden. Der argumentative Clou besteht nun darin, dass aus der Absenz von *superior knowledge* in der Sphäre des Politischen das Kriterium der politischen Gleichheit im deliberativen Prozess genuin entspringt. Wenn keine richtigen oder „wahren“ Entscheidungen aufgrund der oben genannten Kriterien getroffen werden können, ist jede Präferenz der BürgerInnen gleichgewichtig neben jede andere zu stellen. Aus der spezifischen Verfasstheit der politischen Sphäre ergibt sich somit zusammenfassend der demokratische Standard der politischen Gleichheit. Davon ausgehend definiert Saward (1994, 13f.) Demokratie als „... necessary correspondence between acts of government and the *equally weighted* expressed wishes of citizens with respect to those acts“ (Hervorhebung d.A.).

Für beide Autoren bilden politische Gleichheit und Responsivität somit die legitimatorische Basis von Demokratie (Christiano 2002). Die Demokratiehaftigkeit eines demokratischen Pro-

zesses und damit zugleich seine Legitimität beruht auf dem Ideal, dass die Präferenzen der BürgerInnen und nur die Präferenzen der BürgerInnen vermittelt über freie, gleiche, geheime und allgemeine Wahlen in den politischen Prozess eingespeist werden (Fuchs 1998, 167ff.; Diamond/Morlino 2005; Powell 2005). Würde demokratische Politik die artikulierten Präferenzen der BürgerInnen übergehen, so wäre sie nicht nur paternalistisch und Autonomie beschneidend, sondern in letzter Konsequenz undemokratisch.

### 3. Prozedurale und substanzielle politische Gleichheit in der deliberativen Demokratietheorie

Die deliberative Demokratietheorie nimmt eine folgenreiche interne Differenzierung des liberalen Ideals politischer Gleichheit vor, ohne dies jedoch entsprechend theoretisch und legitimatorisch zu diskutieren. Politische Gleichheit wird differenziert in *prozedurale politische Gleichheit* und *substanzielle politische Gleichheit*.<sup>2</sup> Prozedurale politische Gleichheit beinhaltet *minimal* das für alle gleiche juristische Recht der *Beteiligung* an deliberativen Verfahren und *maximal* darüber hinaus die sozio-kulturell-ökonomischen Voraussetzungen der tatsächlichen Nutzung dieser Rechte.<sup>3</sup> Substanzielle politische Gleichheit bezeichnet das Ideal, dass alle am Diskurs Beteiligten den *gleichen Einfluss* auf das *Ergebnis* eines Entscheidungsprozesses haben – sei es einer Wahl, einer Abstimmung oder eines diskursiven Verfahrens. Diese beiden Ideale sind – wie im Abschnitt 2 gezeigt wurde – in der liberalen Demokratietheorie noch untrennbar miteinander verbunden.

Die deliberative Demokratietheorie hingegen trennt beides: Sie optimiert die prozedurale Gleichheit und reduziert die substanzielle politische Gleichheit. Dies ist eine notwendige Folge der Theoriearchitektur, da die epistemologische Dimension, d.h. die Verbesserung der Entscheidungsergebnisse qua Deliberation, einen zentralen Platz im Theoriedesign besitzen muss. Mit anderen Worten: Die Qualität politi-

scher Entscheidungen genießt Priorität gegenüber dem Ideal substanzieller politischer Gleichheit, *quality* siegt gegenüber *equality*. David Estlund (2002, 175) gehört zu den wenigen Autoren, die diese Position in aller Deutlichkeit offensiv vertreten: „My thesis is that proper attention to the quality of democratic procedures and their outcomes requires that we accept *substantive inequalities of political input* in the interest of increasing input overall” (Hervorhebung d.A.).<sup>4</sup> Dieses Zitat enthält die Kerngedanken der Estlundschen Theorie und – so unsere These – vieler anderer Ansätze des deliberativen Paradigmas. Im Kern vertritt Estlund die These, dass die Qualität des demokratischen Prozesses von der Quantität des *inputs* abhängig ist. Der gängigen Einsicht deliberativer TheoretikerInnen folgend, geht Estlund davon aus, dass die Wahrscheinlichkeit, zu einem besseren Ergebnis zu kommen, mit der Zahl der an der deliberativen Entscheidungsprozedur Beteiligten steigt. Daraus folgt, dass die prozedurale Gleichheit auf jeden Fall gewahrt werden muss. Estlund plädiert sogar für eine möglichst intensive Beteiligung. Nur – und hier weicht er von der gängigen demokratietheoretischen Intuition ab – sollen nicht alle Beteiligte den gleichen Einfluss auf die endgültige kollektive Entscheidung besitzen. Vielmehr sind auch radikale Ungleichverteilungen von Einfluss denk- und begründbar. Unfair ist die Ungleichbehandlung deshalb nicht, weil sich der Einfluss eines jeden bzw. jeder einzelnen zumindest nicht verschlechtert, obwohl andere besser gestellt sind oder sein können (Pareto-Optimalität).

Die verhältnismäßig geringere Wertschätzung des Ideals der substanziellen politischen Gleichheit führt dazu, dass *Filter* in den deliberativen Prozess der Entscheidungsfindung eingezogen werden. Bestimmte Präferenzen oder Argumente spielen für die Entscheidungsbegründung keine Rolle. Hierzu bekennt sich Habermas (1992, 364) explizit: „Verfahren und Kommunikationsvoraussetzungen der demokratischen Meinungs- und Willensbildung funktionieren als wichtigste *Schleuse* für die diskursive Rationalisierung der Entscheidungen einer an Recht und Gesetz gebundenen Regierung und



Verwaltung“ (Hervorhebung d.A.). An anderer Stelle führt er aus:

Die politischen Teilnahmerechte verweisen auf die rechtliche Institutionalisierung einer öffentlichen Meinungs- und Willensbildung, die in Beschlüssen über Politiken und Gesetzen terminiert ... Dies hat zunächst den kognitiven Sinn, Beiträge und Themen, Gründe und Informationen so zu *filtern*, dass die erzielten Resultate die Vermutung rationaler Akzeptabilität für sich haben ... (Habermas 1992, 187f.).

Diese Filterfunktion bezeichnen wir als *deliberative Selektivität*. Die zeitgenössischen Ansätze innerhalb der deliberativen Demokratietheorie variieren sowohl hinsichtlich der *Begründung* der Selektivität als auch der (institutionellen) Ausgestaltung der Filter, d.h. hinsichtlich des *Zeitpunkts*, wann im deliberativen Entscheidungsverfahren die Filter aktiv werden sollen. Diesen unterschiedlichen Konzeptionen wollen wir im folgenden Abschnitt nachgehen.

4. Vier Typen von Selektivität innerhalb der deliberativen Demokratietheorie

Vor dem Hintergrund dieser Diagnose differenzieren wir vier Modelle deliberativer Demokratie entlang von vier Typen deliberativer Selektivität. In einem Fall verdeutlichen wir, dass eine deliberative Selektivität eine theorieimmanente Notwendigkeit darstellt, obwohl dies von den entsprechenden Autoren nicht explizit formuliert oder anders bewertet wird (Cohen). Drei Typen deliberativer Demokratie zeichnen sich hingegen durch affirmative Selektivität aus (Habermas, Sunstein, Estlund). Das grundlegende Argument, dass die Selektivität deliberativer Demokratie rechtfertigen soll, ist die Vorstellung, dass deliberative Entscheidungsverfahren zu besseren Entscheidungen führen (Outputorientierung).

Die vier Typen von Selektivität ergeben sich entlang zweier Differenzierungskriterien: einerseits die Art der Präferenzen, andererseits die Begründung der Selektivität. Die vier resultierenden Modelle werden – um sie besser an die

aktuelle Diskussion rückbinden zu können – anhand von zeitgenössischen Autoren exemplifiziert. Hierdurch werden die Modelle konzeptionell „verunreinigt“, da „Grenzüberschreitungen“ zwischen den Modellen vorliegen. Diese Probleme nehmen wir jedoch angesichts der besseren Anschussfähigkeit einer autorenzentrierten Modelldiskussion in Kauf.

Tabelle 1: Vier Formen der Selektivität in deliberativen Demokratietheorien

		Selektivität gegenüber	
		individuellen Präferenzen und Argumenten	kollektiven Präferenzen
Begründung	prozedural	Habermas (1992)	Cohen (1989)
	substanziell	Goodin (1986), Estlund (2002)	Sunstein (1993)

4.1. Selektivität gegenüber individuellen Präferenzen

4.1.1 Prozedural

Die erste Selektivität ist auf der Ebene individueller Präferenzen verortet und wird prozedural begründet. Dieser Typ von Selektivität greift dann, wenn auf die politischen Präferenzen oder Begründungen für Politiken von BürgerInnen durch eine Instanz legitimatorisch zugegriffen wird, die letztverbindlich autoritative kollektive Entscheidungen fällen darf und selbst nicht Teil der Diskursgemeinschaft ist. Prototypisch ist dieser Zusammenhang von Habermas (1992) beschrieben worden.

Ausgangspunkt seiner Argumentation ist die Annahme, dass kollektiv bindende Entscheidungen gegenüber den Rechtsadressaten legitimationsbedürftig sind. Anders als im liberalen Modell von Demokratie, das die Legitimation normativ maßgeblich aus dem Akt der Wahl der Regierung ableitet, identifiziert Habermas darüber hinaus die legitimatorische Notwendigkeit der *argumentativen* Begründung einzelner Gesetze bzw. Politiken. Das politische System

kann jedoch „gute Gründe“ nicht selber produzieren. Der „Pool aus guten Gründen“, der zur argumentativen Rechtfertigung einzelner Politiken genutzt werden kann, wird vielmehr in der Zivilgesellschaft produziert: „Die kommunikativ erzeugte Macht kann auf das politische System in der Weise einwirken, da sie den Pool von Gründen, aus dem die administrativen Entscheidungen rationalisiert werden müssen, in eigene Regie nimmt“ (Habermas 1992, 623). Damit steht das politische System in einem gleichsam parasitären Verhältnis zur Zivilgesellschaft. Aus der Perspektive unseres Erkenntnisinteresses instruktiv ist vor diesem Hintergrund das Verhältnis zwischen Legitimation und Selektivität – mit anderen Worten: Auf welche Gründe greift das politische System in legitimatorischer Absicht zurück? Es sind – normativ betrachtet – genau jene Gründe, die sich in diskursiven Prozessen als „gute Gründe“ in dem Sinne herausgestellt haben, dass sie Gravitationspunkte diskursiven Konsenses sind – oder zumindest zum Konsens tendieren:

Die ‚Qualität‘ einer öffentlichen Meinung ist, soweit sie sich an prozeduralen Eigenschaften ihres Erzeugungsprozesses bemisst, eine empirische Größe. Normativ betrachtet, begründet sie ein Maß für die Legitimität des Einflusses, den öffentliche Meinungen auf das politische System ausüben (Habermas 1992, 438f.).

Demokratiethoretisch gewendet lautet das Argument, dass die Politik in jenem Maße durch öffentlich-deliberative Verfahren „programmiert“ wird, in dem die Bedingungen einer idealen Diskurssituation faktisch galten. Dies wirft zwei folgenreiche Fragen auf. Erstens stellt Habermas die These auf, dass die Qualität der Diskurse eine *empirische* Größe ist. Doch wie kann – angesichts der Pluralität von gleichzeitig ablaufenden Diskursen in der Zivilgesellschaft – tatsächlich noch die Qualität der Diskurskontexte *post festum* identifiziert werden? Selbst wenn dies möglich wäre, stellt sich zweitens die Frage, auf welche „öffentliche Meinung“ normativ in legitimatorischer Absicht zurückgegriffen werden darf, da die öffentliche Meinung nicht im Singular existiert (Gerhards

et al. 1998). Angesichts pluraler Diskurse können vielmehr an unterschiedlichen Orten der Zivilgesellschaft zeitgleich durchaus unterschiedliche Diskursergebnisse vorliegen – etwas, was Rawls (2003) als vernünftige Meinungsverschiedenheiten bezeichnet. Welchen Kriterien der Auswahl folgt der notwendigerweise selektive Zugriff des politischen Systems auf die Pluralität der diskursiv gefundenen Argumente und Gründe? Schließlich stellt sich die Frage, welche inhaltlichen Kriterien das politische System programmieren, wenn die Qualität der öffentlichen Diskurse den Anforderungen eines herrschaftsfreien Diskurses in keiner Weise mehr gerecht wird?

Die erste Verletzung des Prinzips substantieller politischer Gleichheit besteht also bei Habermas in der normativ intendierten legitimatorischen Fokussierung auf jene politischen Präferenzen und Gründe, die substantiell zum diskursiv gefundenen Konsens tendieren, und der Selektivität gegenüber jenen Präferenzen, die in diesen Prozessen ausgefiltert wurden.

#### 4.1.2 Substantiell

Auch Cass R. Sunstein verfolgt das theoretische Projekt, liberale Demokratie von der Unhintergebarkeit subjektiver Präferenzen zu lösen und damit die prozedurale von der substantiellen Gleichheit legitimatorisch zu trennen.

An unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Kontexten argumentiert Sunstein, dass politische Präferenzen nicht legitimatorische Basis demokratischer Politik bilden können:

I argue that social outcomes should not be based on existing preferences, and that the use of such preferences is unsupportable by principles of neutrality, autonomy, or welfare – the very ideas that are said to justify it (Sunstein 1993, 162f.).

An anderer Stelle führt er aus, dass „... endogenous preferences cast doubt on the notion that a democratic government ought to respect private desires and beliefs in all or almost all contexts“ (Sunstein 1991, 5).<sup>5</sup> Argumentativ ist diese Wendung gegen die Einheit politischer



Gleichheit und damit auch gegen das Kriterium strikter Responsivität doppelt verankert. In beiden Fällen handelt es sich um prozedurale *cum* substanziellen Erwägungen. Die erste Argumentationslinie greift die von Elster (1997) eingeführte kategoriale Differenzierung zwischen dem Markt und dem Forum als den beiden prinzipiellen Möglichkeiten der Gestaltung politischer (demokratischer) Prozesse auf und verknüpft sie substanziell mit unterschiedlichen Formen politischer Präferenzen. Während Marktpreferenzen die egoistischen Wünsche der BürgerInnen darstellen und damit den engen Bereich persönlicher Interessen nicht transzendieren, sind die Präferenzen, die auf dem Forum entwickelt wurden, im eigentlichen Sinne politische Präferenzen, weil sie mit Blick auf die gesamte politische Gemeinschaft formuliert wurden. Dies wird begründet, indem er der politischen Sphäre eine genuin andere Qualität zuspricht als dem Markt.<sup>6</sup> Das Politische kann nicht marktanalog gestaltet werden,<sup>7</sup> und jeder Versuch, es doch zu tun, greift durch die Idee von Demokratie hindurch.<sup>8</sup> Anders als bei Habermas unterscheiden sich deliberativ gereinigte Präferenzen und prä-deliberative Präferenzen bei Sunstein also nicht nur graduell durch ein höheres Maß an Aufklärung und Rationalisierung; vielmehr sind es grundlegend *andere* Präferenzen. Sie unterscheiden sich durch ihr Ziel – hier das egoistische Individuum, dort die politische Gemeinschaft – und damit durch ihre Substanz. Diese Differenzierung findet ihren terminologischen Ausdruck in der Tatsache, dass nur deliberativ gefundene Präferenzen den Status *politischer* Präferenzen besitzen. Insgesamt wendet sich Sunstein (1991) somit vehement gegen die Vorstellung, dass (politische) Präferenzen *an und für sich* einen Wert besitzen, die sich in der Idee der aggregativen Responsivität wiederfindet.<sup>9</sup> Daher gilt für Sunstein (1991, 11): „Only those preferences deserve to be respected which flow from a deliberative and reflective process of *autonomies* preference formation” (Hervorhebung d.A.).

Die Betonung des Kriteriums der *autonomen* Entwicklung verweist auf die zweite Begründungsstrategie von Sunstein. Er geht – die

substanzielle Dimension der Präferenzselektion stärker betonend – davon aus, dass Präferenzen existieren, die *objektiv* nicht Resultat einer autonomen Präferenzformation sind. Als Beispiele führt er hier die Präferenzen von drogenabhängigen oder depressiven Personen an. Diese Klasse von Präferenzen darf nicht realisiert werden, da sie keine authentischen und eigentlichen Interessen sind. Analoges gilt auch für die politische Sphäre.

Aus der Perspektive eines liberal verstandenen Ideals politischer Gleichheit verschärft Sunstein die legitimatorischen Probleme, die sich bereits bei Habermas gezeigt haben, aus zwei Gründen. Erstens geht Sunstein davon aus, dass nicht nur auf *Argumente* selektiv zugegriffen werden sollte, sondern auf (politische) *Präferenzen*.<sup>10</sup> Zweitens differenziert er zwischen unterschiedlichen Klassen von Präferenzen nicht nur auf prozeduraler, sondern auch auf substanzieller Basis. Dies führt u.a. zu der Schwierigkeit, die Autonomie der Präferenzformation auf psychischer Ebene bestimmen zu müssen. Schließlich nötigt das Theoriedesign Sunstein dazu, die Selektivität nicht nur als Option, sondern gleichsam als demokratischen Imperativ vertreten zu müssen.<sup>11</sup>

#### 4.2. Selektivität gegenüber kollektiven Präferenzen

Die zweite Hauptform der Selektivität besteht in der Selektivität gegenüber kollektiven Präferenzen. Spezifischer handelt es sich um den selektiven Zugriff eines mit autoritativer Macht ausgestatteten Entscheidungszentrums auf Entscheidungen, die Ergebnis eines vorangegangenen, deliberativen Beratungsprozesses sind. Wiederum existieren eine prozedurale und eine substanzielle Begründung für die jeweilige Form der Selektivität.

##### 4.2.1 Prozedural

Eine prozedural begründete Selektivität gegenüber kollektiven Präferenzen – oder spezifischer: gegenüber diskursiv getroffenen Ent-

scheidungen der BürgerInnen, die für das politische System nicht bindend sind – lässt sich bei Joshua Cohen (1996; 2002) finden. Kerngedanke Cohens ist, dass sich normativ anspruchsvolle Kriterien für einen idealen Diskurs spezifizieren lassen, der als kritischer Evaluationsstandard für reale diskursive Prozesse dienen kann. Konkreter handelt es sich um die folgenden fünf Kriterien:

1. Die Deliberation vollzieht sich in einem geordneten Austausch von Argumenten zwischen den Parteien. (Vernünftigkeit)
2. Die Deliberation ist inklusiv und öffentlich. Alle BürgerInnen haben die gleichen Rechte auf Teilnahme an den Beratungen und Beteiligung in den Beratungen. (formale Gleichheit)
3. Die Deliberation wird durch unterschiedliche Verteilungen von Ressourcen (Macht, Geld, Bildung etc.) nicht systematisch beeinträchtigt. (materiale Gleichheit)
4. Die Deliberation ist frei von externen Zwängen. Die Beteiligten sind lediglich an die Ergebnisse ihrer Beratungen gebunden. (Freiheit)
5. Die Deliberation zielt auf einen rational motivierten Konsens über gemeinsame Probleme ab. Auf diese Weise wird ein gemeinsames Gut erzeugt, das die Ausgangspräferenzen der Parteien transformiert. (Gemeinwohl)

Ihre besondere Bedeutung für die Begründung von deliberativer Selektivität entwickeln die fünf Kriterien jedoch erst in Verbindung mit einer Komponente der formalen Definition deliberativer Demokratie: „They (die BürgerInnen, d.A.) prefer institutions in which the connections between deliberation and outcomes are evident to ones in which the connections are less clear“ (Cohen 2002, 92). Die fünf Kriterien sollen in doppelter Weise ein kritischer Maßstab für die demokratische Wirklichkeit sein. Erstens im Sinne eines deliberativen *telos*, welches als normative Kontrastfolie für reale deliberative Prozesse dient. Dem *telos* eingeschrieben ist die Aufgabe, soziokulturelle und ökonomische Voraussetzungen zu schaffen, die eine

möglichst unverzerrte Realisierung dieser Ideale in der deliberativen Praxis ermöglichen. Die fünf Kriterien sind darüber hinaus jedoch auch Evaluationskriterien für die *Ergebnisse* deliberativer Entscheidungsverfahren, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. So gilt, dass Verletzungen der Kriterien 3 und 4 für externe BeobachterInnen gut sichtbar sind. In Abhängigkeit von der Intensität der Verletzung dieser Kriterien kann die deliberative Legitimität einer so getroffenen Entscheidung berechtigt in Zweifel gezogen werden. Aus dieser Einsicht kann nur die Konsequenz folgen, dass so getroffene Entscheidungen *nicht* Basis für kollektiv bindende Entscheidungen sein dürfen. Wäre das Gegenteil trotzdem der Fall, würden die Kriterien gegenüber den potentiellen Mitgliedern der Diskursgemeinschaft an Glaubwürdigkeit verlieren. Selektivität auf der Ebene kollektiver Präferenzen ist also notwendige Konsequenz des Theoriedesigns. Wichtig ist jedoch zu betonen, dass – gerade im Vergleich zum folgenden Typ deliberativer Selektivität – substanzielle Gründe keine Begründung für Selektivität sind. Zweifel daran, ob tatsächlich ein Austausch von Argumenten (im Gegensatz zu *bargaining*) vorlag, kann in diesem Modell keine Selektivität begründen.

#### 4.2.2 Substanziell

Eine affirmative Position zur deliberativen Selektivität auf der Ebene kollektiver Präferenzen mit substanzieller Begründung findet sich bei David Estlund. Estlund wendet sich einerseits gegen das liberale Ideal politischer Gleichheit und das daraus entspringende Kriterium der Responsivität. Diese Kombination bezeichnet er als „political egalitarianism“ – für ihn eine „extreme and implausible view, not requiring great efforts to refute it“ (Estlund 2002, 177). Andererseits argumentiert er gegen den deliberativen Prozeduralismus, jene Richtung deliberativer Theorie, die sich selbst keine substanzielle Bewertung deliberativ gefundener Entscheidungen mehr zubilligt. Dieser Spielart wirft er vor, dass sie *deshalb* die „political quality“ aus den Augen verloren hat.

Sein eigener Ansatz betont die epistemologische Dimension deliberativer Verfahren:

The principled basis I offer for such a point is a theory of democratic legitimacy that gives a significant role to the epistemic value of democratic procedures – their tendency to produce decisions that are *correct* by the appropriate *independent moral standards*“ (Estlund 2002, 175; Hervorhebung d.A.).

Die erste Pointe dieses Ansatzes besteht in der Betonung, dass Bewertungsstandards für die Ergebnisse deliberativer Verfahren existieren, die *unabhängig* von den prozeduralen Bewertungsstandards der Verfahren selbst sind. Das Zitat verdeutlicht bereits, dass eine Pluralität von unabhängigen moralischen Evaluationsstandards existiert – Estlund selbst diskutiert u.a. *Gerechtigkeit* als einen solchen externen Standard. Damit verabschiedet er sich von einer zentralen theoretischen Einsicht der „klassischen“ deliberativen Demokratietheorie, u.a. Jürgen Habermas'. Diese Spielart deliberativer Theorie betont gerade die Tatsache, dass der *output* deliberativer Verfahren nicht mehr substantiell bewertet werden kann. Vielmehr können nur noch die Kontexte deliberativer Verfahren auf ihre „Unverzerrtheit“ hinsichtlich der Einhaltung spezifischer deliberativer Standards überprüft werden. Damit übergab die prozedurale Theorie die politische Autonomie den BürgerInnen. Dieser Autonomiegewinn ging einher mit einem Deutungsverlust seitens der politischen Philosophie. Diesen Verlust kompensiert Estlund, indem er der politischen Theorie/Philosophie wieder die Kompetenz zubilligt, die substantiellen Ergebnisse deliberativer Verfahren evaluieren zu können. Dies wirft jedoch die nahe liegende Frage auf, ob damit nicht der programmatische Kern der deliberativen Theorie gleichsam „verkauft“ wird. Auf jeden Fall hat Estlund die erkenntnistheoretischen Prämissen seiner Theorie in strikten Gegensatz zur klassischen Theorie gestellt. Sein Plädoyer für deliberative Demokratie resultiert weder aus dem Fallibilismus noch aus der diskurstheoretisch inspirierten Suspension der Idee der Wahrheit oder der praktischen Vernunft. Vielmehr scheint er sich an Condorcet anzulehnen

und diskursive Verfahren als praktikabelste Möglichkeit der Verbreiterung des informationellen *inputs* der demokratischen Entscheidungsfindung anzusehen (Cook 2006, 60ff.).

Die zweite Pointe Estlunds besteht darin, dass der Evaluationsstandard – z.B. Gerechtigkeit – Einfluss auf die Konfiguration deliberativer Prozesse besitzt. In jenem Fall, der uns hier am meisten interessiert, führt diese Beeinflussung dazu, „to reject the goal of substantive equality of ... influence“ (Estlund 2002, 167). Das systematische Argument lautet also, dass das substanzielle Ideal politischer Gleichheit *unausweichlich* die Realisierung des *independent moral standard* beeinträchtigt. Daher ist es für Estlund angezeigt, die Geltung dieses Ideals zu stärken, um die Qualität der Ergebnisse deliberativer Verfahren – gemessen am *independent moral standard* – zu erhöhen!<sup>12</sup>

Aufgrund des skizzierten Theoriedesigns ist es möglich, dass Estlund eine deliberativ getroffene Entscheidung zugleich als demokratisch legitim und substantiell *falsch* charakterisieren kann. Während für Habermas die demokratische Legitimität und die Vermutung erhöhter Rationalität deliberativer Entscheidungen noch gleichsinnig sind, d.h. ein Mehr an demokratischer Legitimation trägt *notwendigerweise* auch die Vermutung einer höheren Rationalität in sich, entkoppelt Estlund die beiden Dimensionen. So können demokratisch legitime Entscheidungen – d.h. deliberativ getroffene – falsch sein, richtige Entscheidungen hingegen aus demokratischer Perspektive illegitim. Priorität besitzt für Estlund jedoch die Qualität – zuungunsten der deliberativ generierten Legitimität. Er besitzt somit einen argumentativen Ankerpunkt, um auf deliberativ getroffene Entscheidungen selektiv zugreifen zu können: Die Codierung in richtig/falsch besitzt normativ Vorrang gegenüber ihrer deliberativen Legitimation.

## 5. Diskussion und Ausblick

Deliberative Demokratietheorien befinden sich derzeit in einer Schlüsselposition. Diese ergibt sich auf der theoretischen Ebene aus der

Tatsache, dass sie momentan der dominante Fluchtpunkt normativer Hoffnungen in der Demokratietheorie sind. Auf der real-politischen Ebene gewinnen deliberative Formen der Entscheidungsfindung in dem Maße an Bedeutung, in dem die nationalstaatlich geprägte Einheit von Rechtsautoren und Rechtsadressaten auseinander fällt und deliberative Entscheidungsprozeduren zunehmend die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen sichern sollen (Habermas 1998, 160ff.; Schmalz-Bruns 1999; Dryzek 2006, 96ff.). Anders als in *academia* sehen sich deliberative Entscheidungsprozeduren in der gesellschaftlichen Wirklichkeit jedoch AkteurInnen gegenüber gestellt, die – eingespielt durch die normativen Ideale der liberalen Demokratie – den Wert der politischen Gleichheit im Rahmen eines aggregativen Ideals von Demokratie internalisiert haben. Hier hängt die Akzeptanz deliberativer Verfahren seitens der Rechtsadressaten von der Akzeptabilität der Selektivitätsbegründungen ab. In jenem Maße, in dem die deliberative Demokratietheorie die Arenen der Universität verlässt, werden zudem *empirische* Antworten auf theoretische Fragen relevant. Dies betrifft insbesondere das zentrale Postulat der deliberativen Demokratietheorie, wonach diskursiv getroffene Entscheidungen die Vermutung der höheren Rationalität für sich haben.

Im Rahmen diese Überlegungen möchten wir hinsichtlich der Perspektiven deliberativer Demokratietheorie klar zwischen jenen Ansätzen, die prozedurale und jenen, die substanzielle Begründungen für Selektivitäten anführen, trennen. Es ist nicht zufällig, sondern konsequentes Resultat des Theoriedesigns, dass prozedurale Selektivitäten sich gleichsam „natürlich“ in deliberative Theorien einfassen. Mehr noch: Nimmt man die Vorstellung deliberativ gereinigter Präferenzen ernst, so *muss* man für prozedural begründete Selektivitäten optieren. Eine Einschränkung ist jedoch notwendig: Die Verletzung des Ideals prozeduraler politischer Gleichheit ist innerhalb *keiner* deliberativen Demokratietheorie zu rechtfertigen. Mit anderen Worten: Jede Person, die von einer Entscheidung betroffen ist, muss in einem diskursiven

Verfahren dazu Stellung nehmen können. Anders verhält es sich mit dem Ideal der substanziellen Gleichheit. Soweit es nicht-bindende Entscheidungen betrifft, können individuelle oder kollektive Präferenzen aufgrund epistemologischer Gründe, die sich jedoch ausschließlich am Prozess der Deliberation evaluieren lassen, ausgefiltert werden. Diese Selektivitäten sind normativ auch deshalb zu rechtfertigen, weil sie – aus politischer Perspektive – den Mut aufbringen, die substanzielle Entscheidungskompetenz an die Zivilgesellschaft zu verweisen und – mit Ausnahme der verfassungsrechtlich garantierten Grund- und Menschenrechte – keine Ausfallbürgschaft dafür implementieren. Aus empirischer Perspektive muss dieser Mut jedoch mit einem Fragezeichen versehen werden. Diese Zurückhaltung resultiert aus der Tatsache, dass fast alle deliberativen Demokratietheorien deliberative Verfahren als *Ergänzung* zu einem ansonsten klassisch-liberal verfassten demokratischen Institutionenensemble verstehen. Implizit wird damit auch von der realistischen Annahme ausgegangen, dass sich AkteurInnen in deliberativen Verfahren immer auch – wenngleich nicht ausschließlich – Nutzen maximierend verhalten. Pincione/Tesón (2006) haben jedoch innerhalb des *rational-choice*-Paradigmas überzeugend zeigen können, dass Nutzen maximierende AkteurInnen die epistemologische Qualität von deliberativen Verfahren nicht nur im Vergleich zu einer idealen Diskurssituation verschlechtern, sondern die Befürchtung nahe liegt, dass subversiv unterlaufene deliberative Verfahren zu schlechteren Ergebnissen kommen als aggregative Entscheidungsverfahren. Damit stellen die beiden Autoren eine triviale, aber basale Prämisse deliberativer Demokratietheorie in Frage: Deliberation ist nicht in jedem Fall epistemologisch besser als nicht-deliberative Verfahren der Entscheidungsfindung. Auf einen ähnlichen Punkt hat Nancy Fraser (1989) bereits in den 1980er Jahren hingewiesen. Ihre argumentative Pointe bezog sich jedoch auf eine *substanzielle* Differenzierung von Entscheidungsproblemen, die in unterschiedlichem Maße affin zu deliberativen Formen der Entscheidungsfindung sind.

Anders verhält es sich mit jenen Ansätzen, die auf Basis substanzieller Kriterien Selektivität begründen. Der dem Diskurs nachgeschaltete substanzielle Filter unterminiert gleich zwei Ideale deliberativer Theorie: einerseits die Hoffnung auf die rationalisierende Wirkung von Diskursen, andererseits die politische Autonomie der BürgerInnen. Gerade der Vorschlag von Estlund erscheint vor diesem Hintergrund irritierend, ja geradezu als Preisgabe deliberativer Ideale. Etwas überpointiert könnte die These vertreten werden, dass Estlund keine deliberative Demokratietheorie mehr entwickelt, da er im Kern kein dialogisches Ideal vertritt, sondern ein monologisches. Dies zeigt sich vor allem in dem Argument, wonach deliberative Entscheidungen anhand von unabhängigen externen Evaluationskriterien bewertet werden *können*. Eine sich und ihre erkenntnistheoretischen Prämissen ernst nehmende deliberative Theorie müsste diese Möglichkeit ausschließen – oder an höherstufige Diskurse, d.h. Diskurse über die Vereinbarkeit von niederstufigen Diskursergebnissen mit unabhängigen Standards, delegieren. Diese höherstufigen Diskurse besitzen jedoch die Tendenz zu einem infiniten Regress in jeweils noch höherstufigere.

Als deliberative Theorie erscheint uns der substanzielle Prozeduralismus à la Estlund daher normativ unhaltbar – aber vielleicht stellt dieser Ansatz auch eher eine Übergangsform zu einem neuen Modell dar, das vermutlich die Gestalt eines deliberativen Elitismus annehmen wird. Im Gegensatz zur klassischen Vorstellung einer Philosophenherrschaft, die ihrem Wesen nach monologisch gestaltet ist, ist der deliberative Elitismus jedoch dem Dialog verpflichtet.<sup>13</sup> Vor diesem Hintergrund vertreten wir die Position, dass in normativer Perspektive der reine deliberative Prozeduralismus am plausibelsten begründbar ist.

Folgt man dieser Linie, wird jedoch die empirische Frage virulent, ob die normativen Hoffnungen, die mit diskursiven Formen der Entscheidungsfindung verbunden sind – so u.a. die Reinigung von Präferenzen – sich in *real world deliberation* erfüllen. Auf die Einsichten der empirischen Diskursforschung kann an die-

ser Stelle nicht detailliert eingegangen werden.<sup>14</sup> Es mag hier ausreichen darauf hinzuweisen, dass die empirische Diskursforschung zeigen kann, dass die normativen Hoffnungen enttäuscht werden: Reale deliberative Prozesse sind in vielerlei Hinsicht verzerrt. So beeinflusst der sozio-ökonomische Status der BürgerInnen sowohl die Wahrscheinlichkeit ihrer Teilnahme an Diskursen als auch die Wertigkeit ihrer Stimme im Diskurs. Daher werden nicht alle relevanten Stimmen im politischen Diskurs artikuliert. Auch ist die reinigende Wirkung deliberativer Verfahren nicht unabhängig von der Zusammensetzung einer Diskursgruppe. Je homogener die Einstellungen der Beteiligten im Hinblick auf das zu diskutierende Problem sind, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit einer diskursiven Reinigung von Präferenzen. Schlimmer noch: Homogene Gruppen tendieren dazu, post-deliberativ „extremere“ Positionen zu vertreten als prä-deliberativ – ein Phänomen, für das Cass Sunstein (2003, 81) die Bezeichnung „law of group polarization“ geprägt hat.

Nun kann bekanntlich kein normatives Ideal durch die Empirie widerlegt werden. Die letztlich pessimistisch stimmenden empirischen Studien haben dennoch die Entwicklung einer Spielart deliberativer Demokratietheorie begünstigt, die Abschied genommen hat von der Vorstellung einer in Gänze deliberierenden Zivilgesellschaft, die sich – gleichsam autopaternalistisch – qua Diskurs zu besseren politischen Präferenzen emporschwingt. Die Ansätze von Fishkin (1995) und Gastil (2000) sehen vielmehr vor, dass ausgewählte BürgerInnen in besonders unterstützenden Kontexten *pars pro toto* deliberieren – in der Hoffnung, dass sich die nicht-deliberierenden Teile der Bürgerschaft die qua Massenmedien verbreiteten Diskursergebnisse der (repräsentativen) Gruppe zu eigen machen. Doch auch hier – v.a. bei Fishkin und seinem Projekt des *deliberative poll* – besteht die Gefahr, dass der Gesetzgeber die Einstellungen des *deliberative poll* als die *eigentlichen* der Bevölkerung ansieht und damit wieder substanzielle Ungleichheit praktiziert wird. Dieser Gefahr sieht sich jedoch *jede* deliberative Theorie ausgesetzt – und ihre Überzeugungs-



kraft wird von ihren Antworten auf die Abwendung dieser Gefahr und der Akzeptanz der BürgerInnen abhängig sein.

Doch gerade Letzteres ist eine entscheidende Frage. Wie werden BürgerInnen die Demokratiehaftigkeit ihres politischen Systems bewerten, wenn der normative Fokus deliberativer Demokratie maßgeblich auf der prozeduralen politischen Gleichheit ruht? Fuchs (1998, 165) führt als Maß der Demokratiehaftigkeit einer Demokratie die Responsivität ein: „Unter der Bedingung einer minimalen Protektivität gilt, je größer die majoritäre Responsivität der Politik auf die Präferenzen der BürgerInnen im Hinblick auf die Realisierung von Politikzielen, desto demokratischer ist ein konkretes politisches System.“ Diese Idee des normativen Kernes einer Demokratie geht in der prozeduralen deliberativen Demokratietheorie – zumindest partiell – verloren. Es droht sogar die Gefahr, dass die *symbolische Dimension*<sup>15</sup> deliberativer Partizipation von der *instrumentellen Dimension*<sup>16</sup> entkoppelt und politische Teilhabe somit fiktionalisiert wird. Vor diesem Hintergrund ist es eine Aufgabe deliberativer Theorie, diese – theoretisch angelegten und empirisch durchaus nicht unwahrscheinlichen – Tendenzen zu reflektieren und in die Theorien zu re-integrieren.

#### ANMERKUNGEN

1 Für wertvolle Kritik zu früheren Fassungen dieses Beitrages möchten wir uns bei der/dem anonymen GutachterIn, André Brodocz sowie Dieter Fuchs bedanken. Einen herzlichen Dank auch an die KollegInnen vom IEP in Lille, insbesondere Elise Feron und Michel Hastings sowie Roxana Kath. Der vorliegende Beitrag ist Teil eines größeren Bemühens, die Bedeutung der politischen Gleichheit und der Qualität des politischen *outputs* in der deliberativen Demokratietheorie zu analysieren. In diesem Aufsatz sollen die Grundzüge dieses Verhältnisses skizziert werden und zwar maßgeblich auf *theoretischer* Ebene. An anderer Stelle wird versucht, die *empirische* Tragfähigkeit für die relative Bedeutung dieser Ideale zu überprüfen (Schaal 2007).

- 2 Diese Differenzierung ist inspiriert von Estlund (2002).
- 3 Die sozio-ökonomischen Voraussetzungen deliberativer Verfahren sind erst spät im deliberativen Paradigma diskutiert worden (vgl. u.a. Honneth 1999).
- 4 Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass David Estlund *keinen* demokratischen Elitismus verfolgt, der in letzter Konsequenz in einer platonischen Philosophenherrschaft mündet. Er vertritt jedoch, wie anhand des Zitats eindrucksvoll deutlich wird, eine sehr idiosynkratische Position hinsichtlich des intrinsischen Wertes politischer Gleichheit.
- 5 Endogenous Preferences: „By this term I mean to indicate that preferences are not fixed and stable, but are instead adaptive to a wide range of factors ...“ (Sunstein 1991, 5).
- 6 „... political choices will reflect a kind of deliberation and reasoning, transforming values and perceptions of interests, that is often inadequately captured in the marketplace“ (Sunstein 1991, 16).
- 7 Hierzu Manin (1987, 356): „These two reasons (the remoteness in time of the effects and their dispersion) make it impossible to attribute the self-regulating virtues of the economic market to the political one.“
- 8 „One goal of a democracy, in short, is to ensure autonomy not merely in the satisfaction of preferences, but also, and more fundamentally, in the process of preference formation“ (Sunstein 1991, 12).
- 9 „... the mere fact that preferences are what they are is at least sometimes and perhaps generally an insufficient justification for political action“ (Sunstein 1991, 13).
- 10 Ein Problem, das sich bei Habermas konzeptionell nicht ergibt, da seine Vorstellung einer „kommunikativ verflüssigten Volkssouveränität“ die BürgerInnen als TrägerInnen von Präferenzen nicht mehr in den Blick bekommt.
- 11 In eine ähnliche Richtung zielt auch der Ansatz von Goodin (1986, 92): „(T)his argument suggests only that we *disregard* certain votes a person might cast or demands he might make ... We need institutions ... to allow policy-makers to *override mistaken* preferences when necessary“ (Hervorhebung d.A.). In diesem Zitat wird – ähnlich wie bei Sunstein – deutlich, dass es *objektiv* falsche Präferenzen gibt. „Mistaken preferences“ impliziert, dass *aus der individuellen Perspektive des Präferenzhalters* die artikulierten Präferenz entweder nicht ihrem eigentlichen Interesse entspricht oder vor dem Hintergrund der gegebenen Ziele einer Person keine optimale Ziel-Mittel Relation darstellt.
- 12 So schlägt Estlund (2002, 197ff.) ein Gutscheinsystem vor, das den ökonomisch besser Gestellten ein Mehr an Einfluss bei der Entscheidung sichert (Verletzung substanzieller Gleichheit), zugleich aber die Möglichkeit zur Beteiligung weiterer Bevöl-

- kerungskreise an deliberativen Verfahren erhöhen soll (Erhöhung prozeduraler Gleichheit).
- 13 Vgl. für eine Kritik an der These des deliberativen Elitismus Martí (2006).
  - 14 Vgl. zu der empirischen Frage, ob politische Präferenzen qua Diskurs verbessert werden können, Schaal (2007).
  - 15 Die symbolische Dimension deliberativer Prozeduren besteht in der *Darstellung* der politischen Autonomie der BürgerInnen.
  - 16 Die instrumentelle Dimension deliberativer Prozeduren besteht in der *Programmierung* des politischen Systems.

## LITERATURVERZEICHNIS

- Baofu, Peter (2004). Beyond Democracy to Post-Democracy: Conceiving a Better Model of Governance to Supersede Democracy, Volume 1, Ceredigion.
- Buchstein, Hubertus/Dirk Jörke (2003). Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: Leviathan, 31(4), 470–495.
- Christiano, Thomas (2002). Democracy as Equality, in: David Estlund (Hg.): Democracy, Oxford, 31–50.
- Cohen, Joshua (1996). Procedure and substance in Deliberative Democracy, in: Seyla Benhabib (Hg.): Democracy and Difference, Princeton, 95–119.
- Cohen, Joshua (2002). Deliberation and Democratic Legitimacy, in: David Estlund (Hg.): Democracy, Oxford, 87–106.
- Cook, Maeve (2006). Five Arguments for Deliberative Democracy, in: Maurizio D'Entrèves Passerin (Hg.): Democracy as Public Deliberation, New Brunswick/London, 53–87.
- Crouch, Colin (2004). Post-Democracy, London.
- Dahl, Robert A. (1989). Democracy and its Critics, New Haven.
- Diamond, Larry/Leonardo Morlino (2005). Introduction, in: Larry Diamond/Leonardo Morlino (Hg.): Assessing the Quality of Democracy, Baltimore, ix–xiii.
- Dryzek, John S. (2006). Deliberative Global Politics, Cambridge.
- Elster, Jon (1997). The Market and the Forum: Three Varieties of Political Theory, in: James Bohmann/William Rehg (Hg.): Deliberative Democracy, Cambridge, 3–34.
- Estlund, David (Hg.) (2002). Democracy, Oxford.
- Fishkin, James S. (1995). The Voice of the People. Public Opinion & Democracy, New Haven/London.
- Fraser, Nancy (1989). Unruly practices: power, discourse and gender in contemporary social theory, Oxford.
- Fuchs, Dieter (1998). Kriterien der Performanz in Liberalen Demokratien, in: Michael Greven (Hg.): Demokratie – eine Kultur des Westens, Opladen, 151–180.
- Gastil, John (2000). By popular demand. Revitalizing representative democracy through deliberative elections, Berkeley.
- Gerhards, Jürgen/Friedhelm Neidhardt/Dieter Rucht (1998). Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung, Opladen.
- Goodin, Robert E. (1986). Motivating Political Morality, Oxford.
- Gutmann, Amy/Dennis Thompson (2003). Deliberative Democracy beyond Process, in: James Fishkin/Peter Laslett (Hg.): Debating Deliberative Democracy, Oxford, 31–53.
- Gutmann, Amy/Dennis Thompson (2004). Why Deliberative Democracy?, Princeton.
- Habermas, Jürgen (1992). Faktizität und Geltung, Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (1998). Die Postnationale Konstellation, Frankfurt/M.
- Honneth, Axel (1999). Demokratie als reflexive Kooperation. John Dewey und die Demokratietheorie der Gegenwart, in: Hauke Brunkhorst/Peter Niesen (Hg.): Das Recht der Republik, Frankfurt/M., 37–65.
- Lakatos, Imre (1982). Die Methodologie der wissenschaftlichen Forschungsprogramme, Braunschweig/Wiesbaden.
- Manin, Bernard (1987). On Legitimacy and Political Deliberation, in: Political Theory, 15(3), 338–368.
- Martí, José Luis (2006). The Epistemic Conception of Deliberative Democracy Defended. Reasons, Rightness and Equal Political Autonomy, in: Samantha Besson/José Luis Martí (Hg.): Deliberative Democracy and its Discontents, London, 27–56.
- McGann, Anthony (2006). The Logic of Democracy. Reconciling Equality, Deliberation, and Minority Protection, Ann Arbor.
- Mutz, Diana C. (2006). Hearing the other Side. Deliberative versus Participatory Democracy, Cambridge.
- Pincione, Guido/Fernando Tesón (2006). Rational Choice and Democratic Deliberation. A Theory of Discourse Failure, Cambridge.
- Powell, G. Bingham (2005). The Chain of Responsiveness, in: Larry Diamond/Leonardo Morlino (Hg.): Assessing the Quality of Democracy, Baltimore, 62–76.
- Rawls, John (2003). Politischer Liberalismus, Frankfurt/M.
- Saward, Michael (1994). Democratic Theory and Indices of Democratisation, in: David Beetham (Hg.): Defining and Measuring Democracy, London, 6–24.
- Schaal, Gary S. (2007). Können politische Präferenzen verbessert werden? Chancen und Gefahren deliberativer Entscheidungsverfahren, in: André Brodacz/Marcus Llanque/Gary S. Schaal (Hg.): Die Bedrohungen der Demokratie, Wiesbaden, i.E.

- Scharpf*, Fritz W. (1970). Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, Konstanz.
- Schmalz-Bruns*, Rainer (1999). Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaates, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 6(2), 185–244.
- Schmidt*, Manfred G. (2006). Demokratietheorien, Wiesbaden.
- Sunstein*, Cass R. (1991). Preferences and Politics, in: Philosophy and Public Affairs, 20(1), 3–34.
- Sunstein*, Cass R. (1993). The Partial Constitution, Cambridge, Mass./London.
- Sunstein*, Cass R. (2003). The Law of Group Polarization, in: James S. Fishkin/ Peter Laslett (Hg.): Debating Deliberative Democracy, Oxford, 80–101.
- Walzer*, Michael (1983). Spheres of Justice, Oxford.
- Zolo*, Danilo (1992). Democracy and Complexity: A Realist Approach, Oxford.

#### AUTOREN

Gary S. SCHAAL. Privatdozent am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart und Hei-

senbergstipendiat am Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden.

Forschungsschwerpunkte: Zeitgenössische Politische Theorie, Verfassungsrecht, empirische Demokratieforschung.

Kontakt: TU Dresden, Institut für Politikwissenschaft, D-01062 Dresden.

Email: Gary.Schaal@mac.com

Felix HEIDENREICH. Wissenschaftlicher Koordinator am Internationalen Zentrum für Kultur- und Technikforschung (IZKT) der Universität Stuttgart.

Forschungsschwerpunkte: Politische Theorie, Kulturpolitik, Philosophie des 20. Jahrhunderts.

Kontakt: Internationales Zentrum für Kultur- und Technikforschung (IZKT), Geschwister Scholl Straße 24, D-70174 Stuttgart.

Email: felix.heidenreich@izkt.uni-stuttgart.de

